

2



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/219 - 28. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Camp David Nach der Erklärung Eisenhower - Chruschtschow	48
2 - 3	Überflüssige Aktion? Zur Reaktion auf die Bergarbeiter-Demonstration in Bonn	85
4	Südtirol Verstimmung zwischen Italien und Österreich	42
5 - 6	Bremen - ein neues Wahlgesicht Schilder- und Plakatwände verschwunden	70
7	Das "Bulletin" und Frau Wilhelmine Lübke Notwendige Bemerkungen	50

* * *
* *

Camp David

Nach den Erklärungen Eisenhower - Chruschtschow

sp - Die gemeinsame Erklärung des amerikanischen Präsidenten Eisenhower und des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow läßt erkennen, daß Moskau und Washington gleichermaßen bemüht sind, das Abrüstungsproblem nicht mehr von der Tagesordnung verdrängen zu lassen. Das ist ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung im Ost-West-Verhältnis; es deutet darauf hin, daß der Abrüstungsvorschlag Chruschtschows vor der Vollversammlung der UNO von den Amerikanern sehr ernst genommen wird.

Auch die Versicherung, man wolle Streitigkeiten auf friedliche Weise bereinigen, berechtigt zu der Hoffnung, daß in Zukunft auch sogenannte "kleine Konflikte", hinter denen oft genug die Großen standen und noch stehen, anders gelöst werden als bisher. Die Bereinigung auch dieser Fragen ist sicher ein langwieriger Prozeß, aber wenn man bedenkt, wieviel Mißtrauen in den vergangenen Jahren auf beiden Seiten angehäuft wurde, muß allein die Sprache, zu der sich die beiden Staatsmänner bereitgefunden haben, positiv bewertet werden.

In der Berlin- und Deutschland-Frage kann man nach den Erklärungen von Camp David die Gewißheit haben, daß auch hier keine Gewaltmaßnahmen zu erwarten sind. Es wird weiterverhandelt, und während dieser Verhandlungen dürfte der Status quo eine Selbstverständlichkeit sein.

Chruschtschow hat jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Deutschland-Frage nach wie vor mit Hilfe von Friedensverträgen zu lösen gedenkt, die mit beiden Teilen Deutschlands abgeschlossen werden sollen. Daß hierbei der Berlin-Komplex - als isoliertes Problem - zwar im Augenblick entschärft wird, mag beruhigen. Umso deutlicher wird jedoch, wie dringend die Lösung des Deutschland-Problems an sich ist.

Und genau an diesem Punkt stellt sich der deutschen Politik die große Bewährungsprobe. Wenn das offizielle Bonn weiter den Dingen ihren Lauf läßt und in kommende Berlin- und Deutschland-Verhandlungen genau so unvorbereitet und läßenlos hineingeht wie in die erste und zweite Phase der Genfer Außenminister-Konferenz, besteht wirklich die Gefahr, daß Berlin als isoliertes Politikum im Raume stehenbleibt, die Deutschland-Frage jedoch im Sinne der Aufrechterhaltung des Status quo zwischen den Großen geregelt wird.

Die kommende außenpolitische Debatte im Bundestag sollte daher unter Berücksichtigung der jetzt sich abzeichnenden Möglichkeiten zur weltweiten Entspannung mit Hilfe einer wirkungsvollen Abrüstung und im Blick auf eine nächste Außenminister-Konferenz die Deutschland-Frage in den Mittelpunkt stellen.

Wenn die Mehrheit des Bundestages auch diesmal wieder nur bis zum Überdruß gehörte Formeln wiederholt, könnte bei dem im Frühjahr 1960 stattfindenden Treffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow eine Situation entstehen, die für absehbare Zeit eine Lösung des Deutschland-Problems im Sinne der Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit fraglich erscheinen läßt.

Überflüssige Aktion?

ler. Takt ist nicht jedermanns Sache. Ihn haben jene sicherlich nicht bewiesen, die vor und nach dem grossen Bergarbeiteraufmarsch in den schmalen Strassen der Bonner Altstadt über die Zweckmässigkeit dieser Aktion nörgelten, Spott und Hohn über sie ergossen oder sie als völlig überflüssig bezeichneten. Nur die Lust, "einmal am Rhein" zu sein, liess sich ein bekannter FDP-Abgeordneter vernehmen, habe die 60 000 Kumpels an Rhein und Ruhr bewogen, nach Bonn zu kommen, die CDU kritisierte in ihrem Pressedienst die Höhe der Kosten und meinte, die Bergarbeiter hätten besser daran getan, die für diese Aktion verausgabten Gelder den "Hilfsmassnahmen der Bundesregierung" zuzuschlagen (!). In diesem Chor verleumdender Stimmen konnte natürlich nicht der Bundeswirtschaftsminister fehlen. Er sagte, bevor er in die USA flog, diese Demonstration sei überflüssig, da doch nun nach den Versprechungen der Bundesregierung alles in Ordnung sei.

Die deutschen Bergarbeiter haben in würdiger und eindrucksvoller Form vom Recht der Demonstration, das im Grundgesetz verankert ist, Gebrauch gemacht. Das wird ihnen übelgenommen. Was hätten sie denn sonst tun sollen? Etwa schweigen und willenlos hinnehmen, was im Wechselgefälle der sogenannten freien Wirtschaft auf sie zukommt? Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht der Mensch, die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat. Dazu bekennt sich, wenigstens theoretisch, auch die herrschende Regierungspartei. Wenn sich aber ganze Gruppen dagegen wehren, nur Objekt im Wirtschaftsprozess zu sein, sich dagegen auflehnen, dass sie allein die Kosten aus unvermeidlichen Veränderungen im Wirtschaftsgefüge tragen sollen, dann wird dies als Störung einer "Ordnung" empfunden, und die Erinnerung an soziale Verpflichtungen der Gemeinschaft gilt dann als unbequem.

Über 8500 Bergarbeiter fanden seit 1948 in Zechen während ihrer Arbeit durch Unglücksfälle den Tod; weit über 22 000 starben frühzeitig an der tückischen Silikose, jener Berufskrankheit, für die es noch keine absolut wirkenden Gegenmittel gibt. Hätte diese fürchterliche Bilanz eines ganzen Arbeiterstandes die Nörgler, Besserwisser und Kritiker nicht zum Schweigen bringen müssen, umso mehr, als ohne die schwere Arbeit der Kumpels der deutsche Wiederaufbau überhaupt nicht denkbar gewesen wäre? Sie schwitzten und starben in den dunklen Jahren nach dem Zusammenbruch, auf dass wir nicht erfroren. Muss nicht jeder Scham empfinden, der heute darüber mit Spott hinweggeht!

Zwei Lehren ergeben sich aus den Protestaktionen der Bergarbeiter, die mit der letzten in Bonn ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. Die Bundesrepublik wird ihre Verpflichtung, ein sozialer Rechtsstaat zu sein und zu bleiben, nur insoweit erfüllen, als Kräfte wirksam sind, die auf Erfüllung drängen. Sie sind nicht bei der Regierung und den sie tragenden Parteien zu finden. Sie müssen gestossen werden, anstatt dass sie selbst stossen. Dazu sind sie weder willens noch fähig. Daran hindert sie der Glaube an den Automatismus der Wirtschaft, der nach ihrer Überzeugung schon dafür sorgt, dass sich mehr oder weniger alles selbst "auspendelt". Das tut er eben nicht, wie man es an der Krise im deutschen Bergbau, allen sichtbar, ablesen kann.

Die zweite Lehre ist, dass die Arbeitnehmer ohne eine starke und schlagkräftige gewerkschaftliche Organisation verloren wären. Wo stünden die deutschen Bergarbeiter heute, hätte nicht ihre Gewerkschaft durch nachvolle Kundgebungen das öffentliche Gewissen aufgewühlt und dafür gesorgt, dass die Regierung nun endlich nach langem Zögern sich aufraffen muss, die Entwicklung im Kohlenbergbau sich nicht selbst zu überlassen. Da findet die stärkste Regierungspartei noch den traurigen Mut, die Bergarbeiter dafür zu tadeln, weil sie - aus eigenen, sauer ersparten Mitteln - die deutsche Öffentlichkeit alarmierten und die Regierung daran erinnerten, einen ganzen Arbeiterstand nicht im sozialen Chaos versinken zu lassen. Diese Heuchelei um die Verwendung von Beitragsgeldern für die Finanzierung von Protestdemonstrationen wird erst in ihrer ganzen Schabrigkeit deutlich, wenn man dazu im Vergleich die vielen Millionen Steuergelder stellt, die aus dem Reptilienfonds des Bundeskanzlers für die parteipolitische Beeinflussung der bundesrepublikanischen Wähler fließen.

Die Aktionen der deutschen Bergarbeiter waren wirklich nicht überflüssig, sie waren bitter notwendig und der einzige Weg, um die Regierung auf ihre bisher vernachlässigte Verpflichtung festzulegen, den Kumpels jenen Mindestschutz zu gewähren, auf die sie Anspruch haben. Dass dabei ein Argument der Regierung in die Brüche ging, das Argument nämlich, bei den vergangenen Demonstrationen hätten die Kommunisten ihre Hand mit im Spiel gehabt, mag für die Regierungspartei eine Warnung sein. Die Kommunisten spielten bei dieser Auseinandersetzung überhaupt keine Rolle, sie wurden von den Bergarbeitern dorthin verwiesen, wohin sie gehören: zu den Aussenstehern, die mit dem Kampf um die soziale Sicherheit nicht das geringste gemeinsam haben.

Die 1600 in ganz Nordrhein-Westfalen zum Schutz von Bonn aufgeborenen Polizisten hatten nichts zu tun. Auch das ist ein Symptom. Der deutsche Arbeitnehmer lässt sich heute nicht mehr als Paria behandeln, er kämpft um sein Recht, um seinen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein; er hat es nicht nötig, dabei die Staatsgewalt, sofern sie sich im Rahmen ihrer Befugnisse hält - und das haben die aufgeborenen Polizisten vorbildlich getan - herauszufordern.

Südtirol

sp - Zwischen Wien und Rom herrscht eine gereizte Stimmung. Sie wurde ausgelöst durch eine Rede des österreichischen Aussenministers Kreisky, der in New York ankündigte, Österreich werde das grosse Sorgenpaket der Vereinten Nationen um ein neues Problem vermehren, wenn die gegenwärtig zwischen Rom und Wien geführten Verhandlungen über Südtirol scheitern sollten. Kreiskys erster aussenpolitischer Akt wurde in Italien übel vermerkt, der italienische Aussenminister Pella warf Wien vor, es habe gar kein Recht, sich in eine Angelegenheit einzumischen, die nur Italien allein angehe.

Der Streit um Südtirol datiert seit dem Friedensvertrag von St. Germain, als dieser Teil Österreichs Italien zugesprochen wurde. Für die Österreicher und für die Südtiroler war dies ein harter Schlag. In der faschistischen Ära unter Mussolini setzte eine umfassende Zuwanderung von Italienern in das Gebiet von Salurn bis zum Brenner ein, die das ethnographische Gesicht dieser Landschaft stark veränderte. Der Vertrag vom 5. September 1946, unterzeichnet von den damaligen Aussenministern Gruber für Österreich und de Gasperi für Italien, sollte der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols die Erhaltung ihres Volkstums, ihrer Kultur und ihrer Gleichberechtigung als Staatsbürger sichern. Dieses Abkommen wurde damals in einer Zeit, die noch von den Schrecknissen der Hitlerjahre erfüllt war, als ein Akt europäischer Gesinnung gefeiert. In der Folgezeit aber erwies es sich, dass Rom unter diesem Abkommen etwas anderes verstand als Wien. Die Einwanderung von Italienern nahm weiter zu. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung dieses Gebietes hat sich inzwischen auf das Elfache erhöht, sie dominieren in den staatlichen Behörden und Verwaltungen, sie kaufen immer mehr Grundstücke auf und errichten neue Schulen. Heute beträgt der deutsche Anteil in dieser Region nur noch etwas mehr als die Hälfte, während früher die Südtiroler fast 97 Prozent der Bevölkerung stellten.

Tausendfache Fäden verbinden die Südtiroler mit ihren Stammverwandten jenseits des Brenner. Kreiskys Vorstoss entsprang auch innenpolitischer Rücksichtnahme, denn keine der grossen Parteien kann sich gegenüber dem Los der Südtiroler teilnahmslos zeigen. Für Italien ist nun Südtirol zu einer Prestigefrage geworden, und die Bereitschaft, auch über berechnete Beschwerden zu verhandeln, scheint in dem Maße abzunehmen, als die Klagen zunehmen. Österreich verlangt keine Volksabstimmung und schon gar keine territoriale Veränderung seiner Brenner-Gränze; diese Bescheidenheit sollte eigentlich für Rom genügend Grund sein, in der Südtiroler Frage, bei der es sich immerhin um eine Menschengruppe von einer Viertelmillion handelt, etwas mehr Generosität walten zu lassen.

Bremen - ein neues Wahlgesicht

U.Th., Bremen

Noch zwei Wochen trennen das Land Bremen von der Bürgerschaftswahl am 11. Oktober. Es geht um 100 Landtagssitze und der Wahlkampf hat seinen Höhepunkt erreicht. Wenn den Auseinandersetzungen aber die letzte Schärfe fehlt, so deshalb, weil Bremen zwar auch Sorgen, aber noch mehr Erfolge aufzuweisen hat.

Unter sozialdemokratischer Regierungsführung - seit vier Jahren hat die SPD mit 52 Mandaten sogar die absolute Mehrheit - ist Bremen zu einem Beispiel des Aufbaus für die Gemeinschaft geworden. Im sozialen Wohnungsbau steht das kleinste Bundesland an der Spitze in der Bundesrepublik; aber auch der Schulbau, die wirtschaftliche Stärkung der Häfen und die Industrieansiedlung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind sichtbare und nicht zu leugnenden Zeugen sozialdemokratischer Regierungspolitik. Aber es scheint, dass die Bremer SPD nicht nur als Regierungspartei, sondern auch in der Wahlpropaganda ein Beispiel geben wird, das wert ist, die Aufmerksamkeit ausserhalb der Hansestadt zu erregen.

Der Schilder - und Plakatwald von einst ist verschwunden. Schon im Mai begann auf schwarz-grauen Grossplakaten eine Sympathiewerbung unter dem Schlagwort "Alles für Bremen", die ausser Bürgermeister Kaisen, dem Symbol sozialdemokratischer Erfolge und Leistungen, und dem Bremer Rathaus keine weiteren Hinweise auf die SPD enthielt. Während der Ferienzeit wurde diese Werbung unterbrochen und mit neuen Motiven im August wieder aufgenommen. Grosse Fototafeln zeigten Zentren des bremischen Aufbaus mit den dafür verantwortlichen Senatoren. Allen Tafeln gemeinsam war die quer durchlaufende, aufstrebende statistische Kurve, denn es ist steil aufwärts gegangen in Bremen in den letzten 14 Jahren. Alles wurde belegt mit wenigen Zahlen. Und Zahlen sind Tatsachen und keine Träume.

Daneben erschienen laufend neue Plakate an gewerblichen Anschlagflächen und eigenen Tafeln mit Bürgermeister Kaisen. Die Motive wechselten, doch Wilhelm Kaisen blieb. Einmal war es die neue "Bremen", die den Hintergrund abgab, dann waren es Bürger des Landes. Von "Alles für Bremen" wechselte der Slogan auf "Kaisen für Bremen" - "Auch ich für Bremen" bis zum "Wir alle für Bremen". Erst mit dem letzten Schlagwort erschienen zwei Wochen vor der Wahl des "SPD" und "Liste 1".

Hausfrauennachmittage, Zirkusvorstellungen für Kinder in den Vor-

orten, Jugendabende und zwei Veranstaltungen im Weser-Stadion mit je 40 000 Besuchern und einem erstklassigen Artisten-Programm unter dem Leitwort "Alles für Bremen" waren weitere Punkte des schon vor Monaten sorgfältig vorbereiteten Wahlkampf-Programms.

Demokratie wird zur Schau degradiert, wollte man sich bei der Werbung um den Wähler allein auf eine Massenbeeinflussung stützen, bei der das politische Ziel nicht mehr im Vordergrund steht. Mit dem "Bremen-Plan 1959", verkündet und erläutert auf einer zentralen Wahlversammlung, hat die SPD Bremens der Bevölkerung ihr Regierungsprogramm von morgen vorgelegt. Zehn Punkte enthält dieses Programm und dass es sich dabei um eingegangene Verpflichtungen und nicht um leere Versprechungen handelt, hat die jüngste Vergangenheit bewiesen. Der sozialdemokratische Bremen-Plan 1955 wurde in vierjähriger Regierungsarbeit erfüllt, das Wahlversprechen eingelöst.

Optische Sauberkeit und politische Sachlichkeit, das waren Bedingungen, die sich die Bremer Sozialdemokraten stellten. Sie haben ihren Vorsatz so gut ausgeführt, dass sogar der politische Gegner immer wieder gezwungen ist, diese Sachlichkeit und Sauberkeit zu bestätigen. Dass die SPD mit ihrem Programm und darüber hinaus auch mit ihren Parolen ins Schwarze getroffen hat, beweisen im übrigen die Bemühungen der anderen Parteien, Wahlstil und SPD-Programm nachzuahmen. Heute werden auch von jenen Parteien Programme veröffentlicht, die gemeinhin schon das Planen selbst als eine Sünde wider den christlichen und liberalen Geist ausgeben. Aber in Bremen hat man es sich anders überlegt, sogar die sozialdemokratische Forderung "Alles für Bremen" findet sich in vielerlei Gestalt auf fremden Plakaten und Inseraten wieder.

Letzlich werden aber am 11. Oktober die Leistungen für die Bevölkerung den Ausschlag geben. Sie können nicht angefochten werden und sind mit der stärksten Regierungspartei verbunden. Das haben auch CDU, FDP und DP erkannt und so geht es nur noch darum, sich den jeweiligen Anteil an diesen Erfolgen streitig zu machen. Während FDP und CDU als Koalitionspartner auf ihre Mithilfe verweisen, ist die DP bemüht, ihre Freunde aus dem Bürgerblock von 1955 als Mitläufer anzuschwärzen. So spielt sich die hauptsächlich Polemik rechts von den Sozialdemokraten ab, die sich an diesen Vorwürfen und Verunglimpfungen nicht beteiligen, sondern auf ihre geleistete Arbeit und die dadurch gewonnene starke Position vertrauen

Das "Bulletin" und Frau Wilhelmine Lübke

- 30 - Frau Wilhelmine Lübke hat am 24. September vor einer Gruppe katholischer Studentinnen und Studenten aus dem indischen Staat Kerala eine Ansprache gehalten, über die hier und dort in der westdeutschen Presse berichtet worden ist. Über den Inhalt dieser Ansprache ist nichts zu sagen, weil er die persönlichen Auffassungen von Frau Wilhelmine Lübke wiedergibt, und weil Frau Wilhelmine Lübke zu der zweifellos auch in Europa sehr interessierenden Zentralfrage, wieso die Kommunisten gerade in Kerala - "der Staat, der bisher immer am meisten vom Christentum durchdrungen galt" - in freier Wahl an die Regierung gekommen waren, selbst erklärte, nichts sagen zu können.

Frau Wilhelmine Lübke hat ihre Ansprache vor den katholischen Studenten aus Indien natürlich als Privatperson gehalten, denn Frau Wilhelmine Lübke bekleidet kein öffentliches Amt. Hier und dort veröffentlichte Zeitungsberichte nahmen auf diesen privaten Status von Frau Wilhelmine Lübke auch die gebührende Rücksicht, wengleich es, zieht man die Parallele zu anderen First Ladies anderer Staaten, unzweifellos etwas ungewöhnlich ist, daß unsere First Lady gleich ihre erste Ansprache zu hochpolitischen Gedankengängen benutzte, für die sie so eigentlich kein Mandat hat. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Frau Wilhelmine Lübke die Absicht gehabt haben sollte, solche hochpolitischen Gedankengänge des internationalen West-Ost-Bereichs von einer anderen als höchst privaten Position in einem privaten Zirkel zu äußern.

Umso erstaunter muß die bundesdeutsche Öffentlichkeit sein, wenn sie den vollen Wortlaut dieser privaten Darlegungen von Frau Wilhelmine Lübke mit allem Drum und Dran der Publikation einer Staatsrede unter dem Schlagzeilentitel "Der Hauptfeind des Christentums ist der Kommunismus / Ansprache vor Studenten aus dem indischen Staat Kerala" in der Ausgabe Nr. 176 des regierungsoffiziellen "Bulletin" des Regierungspresseamtes vom 26. September 1959 dokumentarisch nachgedruckt findet. Hier ist zweifellos allen beteiligten Stellen ein einmaliger Irrtum unterlaufen, der zweifellos nicht wiederholt worden wird, weil natürlich auch der Bundespräsident und Frau Wilhelmine Lübke der Ansicht sind, daß Frau Wilhelmine Lübke als Gattin des Bundespräsidenten keine Staatsfunktion ausübt und daher keine staatsoffiziellen Erklärungen hochpolitischen Charakters abgeben kann, die im regierungsoffiziellen "Bulletin" abzudrucken wären.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennt keine Bundespräsidentin. Die auch regierungsprotokollarisch nur als privat eingeordnete Position der Gattin des Bundespräsidenten bietet der First Lady der Bundesrepublik ein so weites und dankbares Feld privater, charitativer und gesellschaftlicher Betätigungen, daß das regierungsoffizielle "Bulletin" nicht noch einmal in die Verlegenheit gebracht werden sollte, Äußerungen von Frau Wilhelmine Lübke, wie die vor den katholischen Studenten aus dem indischen Kerala als quasi-Staatsrede veröffentlichten zu müssen. Wir sind mit der ganzen bundesdeutschen Öffentlichkeit überzeugt, daß das großartige Vorbild des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland auch seine Gattin einschließt, die, leider viel zu früh verstorben, den Begriff der First Lady in Übereinstimmung mit den guten und selbstverständlichen Gepflogenheiten anderer demokratischer Staaten die üblichen klaren Konturen bewahrt hatte.

+ + +